

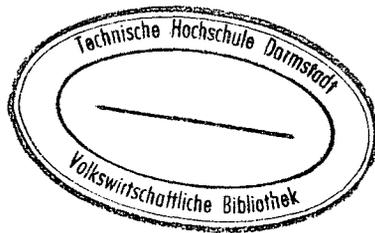
70

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschaftspolitik

Reihe "WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKURSE"

Nr. 102

Neufassung des Energiewirtschaftsrechts - Umweltbelange und Effizienzsteigerungen -



Eine Tagung
der Friedrich-Ebert-Stiftung
am 11. Dezember 1996
in Bonn



Inhaltsverzeichnis

Vor- und Nachbemerkungen

Zusammenfassung

Abkürzungsverzeichnis

1	Einführung in die Problematik des Themas	1
1.1	Gesetzlicher Hintergrund	1
1.1.1	Das Energiewirtschaftsgesetz	1
1.1.2	Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung	1
1.1.3	Struktur der Energiewirtschaft	1
1.1.4	Diskussion der Monopolstellung	1
1.1.5	Die Möglichkeit einer Strukturreform	2
1.2	Diskussionen um die Reformbestrebungen	2
1.2.1	Ineffizienzen des Monopolsystems	2
1.2.2	Ziel: Freisetzung von Rationalisierungsmöglichkeiten	2
1.2.3	Ziel: Kostensenkungspotentiale	3
1.2.4	Argumente gegen die Reform	3
1.3	Umweltpolitische Perspektiven	3
1.3.1	Ökologische Effizienzdefizite	3
1.3.2	Staatliche Förderprogramme	3
1.3.3	Ökologische Effizienzsteigerung durch marktwirtschaftliche Instrumente	4
1.3.4	Das Instrument Deregulierung	4
1.3.4.1	Der Begriff Deregulierung	4
1.3.4.2	Deregulierung und Energiesteuern	4
1.4	Die Binnenmarkt-Richtlinien der EU	5
1.4.1	Die Auswirkungen der Richtlinien auf die Diskussion in Deutschland	5
1.4.2	Die Stromrichtlinie	5
1.5	Position der Länder zu der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes	6
2	Zu den externen Kosten der Stromversorgung	7
2.1	Der Begriff der "Externen Kosten"	7
2.1.1	Ursprung und Umfang der Kosten in der heutigen Stromversorgung	7
2.1.2	Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes	8
2.2	Regulierende Wirkung des Marktes	8
2.3	Entwicklung der Monopolstellung	8
2.4	Zeitpunkt der Debatte um Marktwirtschaft	9
2.5	Gründe für die Befürwortung der Monopolstellung	9
2.6	Instrumente zur Durchsetzung von Allgemeinwohlinteressen	9
2.7	Die sozialen Kosten von Fernleitungen, besonders Höchstspannungsleitungen	10
2.8	Schlußfolgerungen für die Reformdiskussion	11

3	Eckpunkte der Reformansätze der Bundesregierung	12
3.1	Ziel und Inhalt der Reform	12
3.2	Diskussion der Reform für den Strombereich	12
3.3	Unternehmensstruktur der Elektrizitätswirtschaft	12
3.4	Verbraucherschutz als Ziel der Reform	13
3.6	Zukünftige Wettbewerbsinstrumente	13
3.7	Kostensenkung als Ziel des Wettbewerbes	14
3.8	Energiesteuern	14
3.9	Berücksichtigung von Umweltbelangen	14
3.10	Die Position der Kommunen	15
3.11	Abschließende Betrachtung	16
4	Mainzer Papier: Stellungnahme von Experten aus Wissenschaft und Verwaltung	17
4.1	Verbundwettbewerb als erste Wettbewerbsstufe	17
4.2	Entflechtung der Transportfunktion	17
4.3	Transparente Durchleitungsgebühren	17
4.4	Sicherung des Wettbewerbes	17
4.5	Keine Kostenverlagerung zu Lasten der nicht zugelassenen Kunden	18
4.6	IRP/DSM-Pflichten für Verteilerunternehmen	18
4.7	Auflagen beim Neubau von Kraftwerken	18
4.8	Vorrangregelung für KWK-Strom und Strom aus erneuerbaren Energien	18
4.9	Umweltzuschlag auf Netzgebühren	18
5	Wettbewerbsfragen, Durchleitungsrechte und Interessenlagen im Zuge der Liberalisierungsbestrebungen	19
5.1	Wettbewerbsmodelle in der Stromversorgung	19
5.2	Vorraussetzungen für wirksamen Durchleitungswettbewerb	19
5.3	Deregulierung bzw. Entregulierung und wettbewerbliche Regelung	20
5.4	Fehlende wettbewerbliche Regelungen	20
5.5	Konsequenzen eines "entregelten" Wettbewerbes	21
5.6	Schlußfolgerungen	21
6	Kosten und Potentiale effizienter Elektrizitätsbereitstellung in Westeuropa	22
6.1	Grundsätzliche Analyse der Einsparmöglichkeiten bei der Stromnutzung	22
6.1.1	Gründe für ein wettbewerbsorientiertes Industriemodell in der Stromwirtschaft	22
6.1.2	Die Existenz von Negawatt-Ressourcen	22
6.1.3	Marktwirtschaftliche Anreize zur Effizienzsteigerung der Stromnutzung	22
6.1.4	Höhere Zahlungsraten für entschieden niedrigere Stromrechnungen	23

6.1.5	Konflikt zwischen Liberalisierung des Versorgungssektors und Klimastabilisierung	23
6.1.6	Erweitertes Reformkonzept	23
6.2	Die ökonomische Seite der Realisierung von Einsparmöglichkeiten	23
6.2.1	Potentielle ökonomische Gewinne der Effizienzsteigerung	23
6.2.2	Stromeinsparpotential bzw. ökonomische Sparpotentiale	24
6.2.3	Finanzierungsmöglichkeit für die Entwicklung erneuerbarer Energien	24
6.3	Elektrifizierung ohne Wachstum	25
6.3.1	Der Stromverbrauch unter den aktuellen Bedingungen	25
6.3.2	Der Stromverbrauch bei Nutzung von Einsparpotentialen	25
6.4	Folgerungen für die Umwelt (Umweltauswirkungen)	25
6.4.1	Sinkender Kraftwerkebedarf	25
6.4.2	Emissionsminderung durch Veränderungen im Kraftwerksbereich	25
6.4.3	Reduzierung von CO ₂ -Emissionen	26
6.5	LCP versus minimales Umweltrisiko	26
6.5.1	Der risikominimierende Ansatz	26
6.5.2	Bilanz der ökonomischen Einsparungen	27
6.5.3	Emissionen unter Risikominimierung	27
6.6	Schlußfolgerung	27
7	Die dänische Energiepolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts	28
7.1	Einleitung	28
7.2	Die dänische CO ₂ -Abgabe für Industrie und Gewerbe	28
7.2.1	Einführung einer CO ₂ -Abgabe	28
7.2.2	Charakterisierung der CO ₂ -Abgabe	28
7.2.3	Die Verknüpfung von CO ₂ -Abgabe und Energiesparprogramm	29
7.2.4	Verwendung der CO ₂ -Steuer	29
7.2.5	Die Folgen der ökologischen Steuerreform	30
7.3	Umsetzung des EU-Liberalisierungskonzepts in Dänemark	30
7.3.1	Der Aufbau einer umweltschonenderen Stromversorgung	30
7.3.2	Strompreise in Dänemark	30
7.3.3	Die drei Elemente der Energierechtsreform in Dänemark	31
7.4	(Um-)Organisation der dänischen Stromwirtschaft	32
7.4.1	Struktur der Stromwirtschaft	32
7.4.2	Zusammenschluß der Kraftwerksgesellschaften	32
7.4.3	Trennung der Funktionseinheiten	32
7.4.4	Organisation der Verteilerunternehmen	32
7.4.5	Gewinnmöglichkeiten der Energieunternehmen	33
7.4.6	Die Beteiligung ausländischer Unternehmen	33
7.5	Erweiterung der staatlichen Aufsicht über die Stromwirtschaft	34
7.5.1	Einführung eines "verantwortlichen Systemoperators"	34
7.5.2	Die Behördenstruktur im Energiebereich	34
7.5.3	Das Preissystem	34
7.5.4	Auflockerung der vertikalen Unternehmensstruktur	35
7.5.5	Versorgungspflicht	35

7.6	Das Vergütungsmodell für Windenergie als Beispiel für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben	35
7.6.1	Die Einspeisevergütung für Windkraftanlagen	35
7.6.2	Bezugspreis ab Kraftwerk	36
7.7	Zusammenfassung	36
 Statement des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) zum Energiewirtschaftsgesetz		39
 Nationale und europäische Entwicklungen im Energiewirtschaftsrecht - Auswirkungen auf die Kommunen - Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände -		43
 Stellungnahme des Bundesrates (DRKS: 806 / 96)		48